

sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/133

18. Juli 1971

Strauß will 450.000 Arbeitslose

CDU/CSU-Wirtschaftsprophet macht sich
selbst untragbar

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer und Präsidiumsmitglied
der SPD

Seite 1 und 2 / 63 Zeilen

Führungskrise als Dauererscheinung

Das Dilemma der Christlich-Demokratischen
Union

Seite 3 / 36 Zeilen

Reformmodelle fürs Kindergeld

Eine Sachdarstellung als Diskussionsbeitrag

Von Elfriede Eilers SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Jugend/Familie/Gesundheit

Seite 4 und 5 / 99 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telefax: 0228 9286 847
806 646 PPF 0

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Strauß will 450.000 Arbeitslose

CDU/CSU-Wirtschaftssprecher macht sich selbst untragbar.

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

Bundesgeschäftsführer und Präsidiumsmitglied der SPD

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU, Franz-Josef Strauß, hat in letzter Zeit Dinge von sich gegeben, die ihn als Wirtschaftspolitiker untragbar machen.

Lt. Zeitschrift "Capital" vom Juli 1971 will Strauß, daß "die gefährliche Überbeschäftigung abgebaut und zur Zähmung von Gewerkschaften und von Arbeitgebern eine Arbeitslosenquote von zwei Prozent in Kauf genommen" wird.

Damit hat Strauß wieder einmal die Katze aus dem Sack gelassen. Er will mehr als eine Verdreifachung der Arbeitslosenzahl, von heute 135.000 auf rund 450.000. Diese Zahl liegt nicht mehr weit von der Arbeitslosenziffer der Rezession von 1966/67 entfernt. Strauß wäre eine Erhöhung der Arbeitslosenquote von 0,6 auf zwei Prozent recht, um damit Wirtschaftspolitik zu machen.

Sozialdemokraten sind da anderer Meinung. Wir wissen, was Arbeitslosigkeit für die Arbeitslosen bedeutet. Wir wissen, was Arbeitslosigkeit für alle Beschäftigten bedeutet, deren Position auf dem Arbeitsmarkt dadurch geschwächt wird. Das trifft vor allem die älteren Arbeitnehmer und Frauen. So war es jedenfalls 1966/67 in der von der CDU/CSU "gewollten Rezession". Heute haben auch ältere Arbeitnehmer eine gute Chance.

Strauß will lt. "Capital" die Vertreter dieser Leute "zähmen". Freundlich von ihm, daß er die Arbeitgeber im gleichen Atemzug genannt hat. Aber er hat versäumt zu sagen, wie Arbeitgeber durch Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer "gezähmt" werden sollen. Eine entlarvende Formulierung. Straußens Formulierungen sind die

Anfänge. Die Öffentlichkeit soll auf zwei Prozent Arbeitslosigkeit und mehr vorbereitet werden. Gut, daß wir dies für 1973 wissen.

Strauß wurde in einem "Welt"-Interview vom 12. Juli 1971 danach gefragt, was die CDU/CSU in der Wirtschaftspolitik konkret getan hätte, wenn sie die Regierung geführt hätte. Er antwortete: "Wir hätten den Steuerzuschlag mit Verpflichtung zur Rückgabe und Verzinsung am 1. Oktober 1969 eingeführt."

Strauß widerspricht sich selbst. Denn er hat im Herbst 1969 vor weiterem Bremsen der Konjunktur gewarnt, weil er einen Abschwung befürchtete. Acht Tage vor dem jetzt von Strauß genannten Datum sagte er in einem Interview mit der "Neuen Westfälischen": "Er (= Schiller) empfiehlt, auch noch weiter stark zu bremsen, ohne zu merken, daß sich das Konjunkturklima wieder spürbar abzukühlen beginnt... Würden seine Vorschläge aus jüngster Zeit jetzt angewendet, dann würde die Konjunktur ganz abgewürgt."

So Strauß am 23. September 1969. Und seine Kollegen in der CDU/CSU standen ihm nicht nach, wenn es darum ging, Klarzumachen, warum die Union damals nichts Entscheidendes zur Bremsung der Konjunktur tun wolle.

Ich kritisiere hier nicht wirtschaftspolitische Fehleinschätzungen und Fehlprognosen. Das kann jedem passieren. Auch die Bundesregierung ist manchmal von der Entwicklung überrollt worden. Ich wende mich jedoch gegen die Unverfrorenheit, mit der Politiker wie Strauß eigene Fehleinschätzungen vom Tisch wischen und nachher behaupten, sie hätten immer recht gehabt.

Bei der schwierigen Materie der Konjunkturpolitik muß ein Staat damit fertig werden, daß Wissenschaftler und Verantwortliche gelegentlich falsche Vorhersagen machen bzw. Entwicklungen nicht vorhersehen können. Aber ein Staat ist nicht gezwungen, Konjunkturpolitiker auszuhalten, die bereit wären, ihre Politik auf dem Rücken der Bevölkerung auszutragen, und die sich wie Wahrsager nach der Gunst der Stunde und dem Applaus des Publikums richten.

(-/wz/16.7.1971/bgy)

+ + +

Führungskrise als Dauererscheinung

Das Dilemma der Christlich-Demokratischen Union

Die Führungskrise in der CDU - aufgeschlüsselt: "Christlich-Demokratische Union"! - hat sich jetzt als eine Dauererscheinung erwiesen. Mit der massiven Ankündigung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl, sich um die Kiesinger-Nachfolge im Parteivorsitz zu bemühen, ist die ebenfalls bereits angekündigte Absicht des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Candidus Barzel, sich um diesen Parteivorsitz und zugleich um die Kanzlerkandidatur bewerben zu wollen, hart konterkariert worden.

Das schroffe Gegeneinander Barzel-Kohl wird ohne jeden Zweifel noch andere Kandidatur-Mitbewerber für den Parteivorsitz oder für die Kanzlerschaft aus der bisherigen Zurückhaltung herauslocken, zumal weder Barzel noch Kohl als von allen CDU-Seiten akzeptierbarer Kompromiß anzusehen sind, von der CSU sowieso ganz zu schweigen, die jetzt, nach dieser Kohl-Aktion, natürlich noch viel mehr Chancen haben wird, das Führungs-Desaster der "Schwesterpartei zu weiteren Verstärkung der eigenen Position auszunutzen. Das wird vor allem Barzel zu spüren bekommen, der seine Ambitionen, trotz seiner schweren Image-Nachteile doch noch an die Spitze zu kommen, schon jetzt zu einem überaus belastenden Anteil auf Franz Josef Strauß abstützen muß.

Die Bundesbevölkerung wird also in den nächsten Wochen und Monaten bis zum CDU-Parteitag in Saarbrücken und weit darüber hinaus eine "Christlich-Demokratische Union" erleben, die auf der einen Seite gegenüber der Bundesregierung, mit dem ständig praktizierten Soll an Kritikpapier, die "führungsbewusste Opposition" markiert, auf der anderen Seite aber weder brauchbare politische Alternativen anzubieten hat noch in der Führungsfrage einen wirklich überzeugenden Personalweg kennt, auf dem sie das verlorengegangene Vertrauen wiedergewinnen könnte. Es sieht nicht so aus, als ob die CDU aus diesem Dilemma herausfinden wird.

(eo/wr/16.7.1971/bgy)

+ + +

Reformmodelle fürs Kindergeld

Eine Sachdarstellung als Diskussionsbeitrag

Von Elfriede Eilers SPD-MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt, die er am 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag abgab, heisst es: "Kindergeld, Steuerbegünstigungen und andere materielle Hilfen für die Familie müssen aufeinander abgestimmt werden".

Es ist also die erklärte Absicht, im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Steuerreform auch eine grundsätzliche Reform der Leistungen zugunsten der Kinder vorzunehmen. Alle Kenner der Materie sind sich darin einig, dass die derzeitige Regelung völlig unbefriedigend ist. Sie begünstigt die Reichen und benachteiligt die Einkommensschwachen.

Im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, dem für Kindergeld zuständigen Ressort unter Frau Käthe Strobel, sind in den vergangenen Monaten mehrere mögliche Regelungsmodelle entworfen worden. Sie sind den Verbänden, den politischen Parteien und den anderen Ministerien bekannt. Von Einzelheiten der - mehr technischen - Abwicklung einmal abgesehen, lassen sie sich so skizzieren:

1/ Gleiches Kindergeld für alle; unabhängig vom Einkommen der Eltern und unabhängig von der Geschwisterzahl; Zahlung aus Haushaltsmitteln oder als Abzug von der Steuerschuld. 2/ Degressives Kindergeld; einkommensabhängig; je geringer das Einkommen umso höher sollte das Kindergeld sein; im Rechenmodell war an Beträge zwischen DM 20,00 und DM 30,00 (als einkommensunabhängigem Sockelbetrag) gedacht. 3/ Gestaffeltes Kindergeld; einkommensunabhängig, aber nach der Ordnungszahl der Kinder gestaffelt; wenig für das erste Kind, mehr für das zweite und dritte, noch mehr für das vierte, fünfte und die weiteren Kinder.

Allen Regelungsmodellen ist gemeinsam: 1/ Leistung vom ersten Kind an, 2/ keine Kinderfreibeträge in der Steuer und 3/ Beseitigung der unterschiedlichen Behandlung von Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft. Die Überlegungen gehen auch davon aus, dass die durchschnittlichen Kinderkosten - vom Statistischen Bundesamt für 1974 auf rd. DM 170,00 je Kind errechnet - nur zu einem Teil durch das Kindergeld gedeckt werden sollen.

Das Bundeskabinett hat für die Steuerreform bestimmte Eckwerte als Orientierungsdaten beschlossen. Es entschied dabei, die Kinderfreibeträge in der Steuer abzuschaffen. Gleichzeitig soll jedes Kind unabhängig vom Einkommen der Eltern und unabhängig von der Geschwisterzahl ein Kindergeld von DM 60,00 mtl. erhalten. Familien mit vier und mehr Kindern erhalten darüber hinaus einen Familienszuschlag von weiteren DM 60,00 monatlich. Eckwerte sind keine Endwerte. Sie stecken den Rahmen ab und zeigen das Volumen auf, innerhalb dessen die gesetzliche Regelung im Einzelfall sich nun zu

bewegen hat.

Es ist erfreulich, daß die Reformabsichten für das Kindergeld so breite Aufmerksamkeit gefunden haben. Bei den kritischen Auseinandersetzungen und Anmerkungen zeigt sich - nach der ersten Welle - folgendes Bild:

Weite Zustimmung findet die Tatsache, daß es zukünftig vom 1. Kind an Kindergeld geben soll, daß die ungerechte Begünstigung der oberen Einkommen wegfällt und daß die Unterschiede zwischen dem öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft wegfallen sollen.

Geteilt sind die Meinungen darüber, ob das Kindergeld einkommensunabhängig gezahlt werden soll und ob der Grundsatz richtig ist: gleiches Kindergeld für alle. Sehr kritisch wird vermerkt, daß die Eckwerte - DM 60 für jedes Kind und der Familienzuschlag - schon in mittleren Einkommensgruppen - etwa über DM 2.000 - und schon in Familien mit vier oder fünf Kindern zu Verschlechterungen führen können.

Der Grundsatzbeschluss des Kabinetts ist ein ganz wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Reform des Kindergeldes. Gegenüber dem derzeitigen System bedeutet er einen wirklichen Fortschritt und findet deshalb im Grundsatz auch die Zustimmung der Familienverbände. Jetzt wird es darauf ankommen, im weiteren Verfahren und bei der Ausarbeitung des Gesetzes zwei Problemkreise zufriedenstellend zu lösen:

Es muß sehr sorgfältig geprüft und gerechnet werden, wie sich die Eckwerte - hochgerechnet auf 1974 - in den einzelnen Einkommenschichten auswirken werden. Dabei kann es sicher nicht um eine schematische "Besitzstandswertung" gehen. Vielmehr muß auch berücksichtigt werden, daß die Allgemeinkosten für Kinder - Schulgeldfreiheit, Lehr- und Lernmittelfreiheit, Kinder- und Jugendberufshilfe, Spiel- und Sportplätze usw. - laufend zunehmen und die Individualhaushalte entlasten, wie auch andererseits - trotz Preissteigerungen - die realen Einkommen in den Familien wachsen. Aber man sollte sicher vermeiden, daß die gewünschte zusätzliche Entlastung der Familien mit Kindern schon die mittleren Einkommensgruppen nicht mehr erreicht.

Das zweite Problem ist noch etwas schwieriger. "Kindergeld" ist eine sozialpolitische Maßnahme. Sie ist am generellen Sachverhalten orientiert und eine Leistung für alle. Keine typisierte und pauschalisierte Leistung kann die Probleme des Einzelfalles befriedigend lösen. So gibt es in der Bundesrepublik z.B. 1.300 Familien mit zehn kindergeldberechtigten Kindern, 700 Familien mit elf und 200 Familien mit 12 kindergeldberechtigten Kindern. Wir wissen nicht, zu welchen Einkommensgruppen diese Familien gehören. Aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß hier eine Optimierung der Erziehungsbedingungen durch eine so generelle Maßnahme wie das Kindergeld allein gar nicht erreicht werden kann. Nach allem, was wir über die Lebensbedingungen solcher sehr großer Familien wissen, kann nur im Zusammenwirken verschiedener Stellen wirklich geholfen werden. Denn sehr häufig geht es gleichzeitig um Wohnung, Ausbildung, Erholung und Versorgung. - Insgesamt gibt es bei uns rd. 300.000 Familien mit fünf oder mehr Kindern. Das sind drei vH. aller Familien mit Kindern. Hier muß im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens geprüft werden, wie und bis zu welcher Familiengröße - z.B. durch Familienzuschläge - generelle sozialpolitische Lösungen gefunden werden können und wo die Grenze zum "Einzelfall" liegt.

(-/wr/16.7.1971/bgy)